

Die Fortschrittspartei – ein liberaler Erinnerungsort? Größe und Grenzen der ältesten liberalen Partei in Deutschland

Als vor 150 Jahren, am 6. Juni 1861, in Berlin die Fortschrittspartei gegründet wurde, war dies eine entscheidende Weichenstellung für das deutsche Parteiensystem.¹ Die rund 20 Teilnehmer der Gründungsversammlung in Berlin waren fast alle Achtundvierziger, also aktiv beteiligt gewesen am Versuch, in der deutschen Revolution einen liberalen Nationalstaat zu gründen, oder wie es zeitgenössisch hieß, das Vaterland einig, mächtig und frei zu machen – und sie waren 1848/49 an der Größe dieser Aufgabe gescheitert. Diese Niederlage des Fortschritts gegen die Kräfte der Beharrung oder Reaktion nagte an ihrem Selbstbewusstsein und war ein wesentlicher Antrieb für ihr andauerndes politisches Engagement. Sie waren zumeist beruflich erfolgreiche Bürger wie der Unternehmer Werner Siemens oder die Professoren Rudolf Virchow und Theodor Mommsen, aber alle Politiker aus Leidenschaft. Im Jahre 1861 saßen sie teils auf den Oppositionsbänken des preußischen Landtags wie Max von Forckenbeck, Leopold von Hoverbeck oder Hermann Schulze-Delitzsch, teils hatten sie sich aus Protest gegen das preußische Reaktionsregime geweigert, für herausgehobene politische Ämter zu kandidieren wie Viktor von Unruh oder Franz Duncker. Unter den Teilnehmern der Versammlung am 6. Juni 1861 waren auch die Chefs der drei überregional bedeutenden oppositionellen Berliner Tageszeitungen, der *Vossischen*, der *Volks-Zeitung* und der *National-Zeitung*. Diese Medienmacht war im anbrechenden Zeitalter der Massenpolitik mitentscheidend für den Erfolg des Projektes, das sie aus der Taufe hoben, die Deutsche Fortschrittspartei. Und sie waren alle Mitglieder der Berliner Ortsgruppe des Deutschen

1 Dieser Aufsatz basiert auf einem Festvortrag anlässlich des 150. Gründungsjubiläums der Fortschrittspartei in der Kaiserin Friedrich Stiftung in Berlin. Vgl. <http://www.freiheit.org/Festveranstaltung-150-Jahre-Deutsche-Fortschrittspartei/616c19190i1p/index.html> <2.5.2012>. Auf Fußnoten und allgemeine Verweise auf Sekundärliteratur wird – abgesehen von den üblichen Nachweisen von Zitaten – weitgehend verzichtet.

Nationalvereins, der 1859 gegründeten wichtigsten Organisation des deutschen Nationalismus² in der Zeit zwischen Revolution und Reichsgründung, die eine Gründerzeit in vielfacher Hinsicht war. Zwischen Revolution und Reichsgründung, also zwischen 1849 und 1871 kam es nicht nur zum Durchbruch der Industrialisierung, Deutschland verwandelte sich von einer weitgehend agrarischen Ständegesellschaft in eine bürgerliche Klassengesellschaft. Darüber hinaus entstanden das moderne deutsche Parteiensystem und viele Vereine und Verbände, die teilweise bis heute bestehen – von der Sozialdemokratie über das Kolpingwerk und wissenschaftliche Vereinigungen bis zum Schützen- oder Sängerbund.

Die Epoche zwischen Revolution und Reichsgründung, die ich die deutsche Gründerzeit nenne³, beginnt mit dem allmählichen Verlöschen der Revolution. Es ist eine viel diskutierte und schwer zu beantwortende Frage, ob die Revolution von 1848/49 gescheitert ist. Einerseits kann man argumentieren, dass bereits im Mai 1848 die militärische Unterlegenheit der Revolutionäre und ihre Unfähigkeit, die bestehende Ordnung durch gesellschaftliche Gegenmacht ernsthaft zu gefährden, absehbar waren. Andererseits zogen sich die Auseinandersetzungen um die Errungenschaften der Revolution in Schleswig-Holstein, Kurhessen und den süddeutschen Verfassungskonflikten bis 1851 hin. Außerdem waren die vorrevolutionären Verhältnisse unwiederbringlich zerstört. Nicht nur hatte das „tolle Jahr“ 1848/49 die deutschen Gesellschaften bis in die Unterschichten hinein irreversibel politisiert. Vielmehr war die gesamte Politikergeneration bis hin zu Revolutionsgegnern wie Otto von Bismarck für immer geprägt durch das Erlebnis „Revolution“. Außerdem hatte auch Preußen endlich eine Verfassung bekommen. Das

- 2 Der Begriff „Nationalismus“ und das Adjektiv „nationalistisch“ werden in diesem Text ohne jede Wertung als wissenschaftliche Kategorie benutzt, um eine Haltung zu charakterisieren, auf deren Agenda die Bildung eines Nationalstaates ganz oben stand. In der Umgangssprache, aber auch in einem Teil der wissenschaftlichen Literatur (je älter, desto häufiger) wird „Nationalismus“/„nationalistisch“ mit einer negativen Wertung versehen und als eine Übersteigerung normaler „nationaler“ (oder auch „patriotischer“) Gefühle angesehen. Dahinter steht die Unterscheidung eines „kosmopolitischen“ oder „emanzipatorischen“ Frühnationalismus von einem „integralen“ Chauvinismus seit dem Ende des 19. Jahrhunderts. Diese Sichtweise verkennt meines Erachtens, dass „Nationalismus“/„Patriotismus“ immer janusköpfig war, da Inklusion in die Nation nicht ohne Exklusion der „Anderen“, „Fremden“, „Reichsfeinde“ usw. denkbar ist. Vgl. hierzu den bahnbrechenden Aufsatz von Dieter Langewiesche: Nationalismus im 19. und 20. Jahrhundert: zwischen Partizipation und Aggression (1994; <http://library.fes.de/fulltext/historiker/00625.htm#E9E2> <2.5.2012>), insb. S. 16 f., auch in ders.: Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa, München 2000, S. 35-54; sowie Christian Jansen/Henning Borggräfe: Nation – Nationalität – Nationalismus. Frankfurt/M. 2007, S. 8 f. und 17 f.
- 3 Vgl. hierzu meine Überblicksdarstellung: Gründerzeit und Nationsbildung 1849-1871. Paderborn 2011, insb. S. 9-13 sowie Ulrike Laufer/Hans Ottomeyer (Hrsg.): Gründerzeit 1848-1871. Industrie und Lebensträume zwischen Vormärz und Kaiserreich. Ausstellungskatalog des Deutschen Historischen Museums. Berlin 2008.

revolutionäre allgemeine Männerwahlrecht blieb erhalten, wenn auch in der perversierten Form des Dreiklassenwahlrechts. Von der Judenemanzipation bis zu rechtlichen und wirtschaftlichen Liberalisierungen überdauerten viele Errungenschaften das Scheitern der Revolution.

Deshalb war die 1851 beginnende Reaktionsperiode nicht von Dauer. *Ers- tens* war die Dynamik in Wirtschaft und Gesellschaft (Stichworte: Industrialisierung und Modernisierung) nicht vereinbar mit der von oben verordneten Erstarrung, mit Zensur und Einschränkungen der Bürgerrechte. *Zweitens* kam es zu einem folgenreichen politischen Umdenken in den Reihen der Achtundvierziger. Man wollte künftig die Machtverhältnisse stärker berücksichtigen. „Realpolitik“ hieß das schon 1853 in Anlehnung an Ludwig August von Rochaus einflussreiches Buch „Grundsätze der Realpolitik“⁴. Die in den Staaten des Deutschen Bundes verbliebenen Oppositionellen wollten außerdem die Spaltung zwischen Liberalen und Demokraten überwinden, in der sie eine wesentliche Ursache für das Scheitern der Revolution sahen. *Drittens* brachte der Krimkrieg das europäische Mächtegleichgewicht ins Wanken.

Am Ende der 1850er Jahre endete die Reaktionsperiode in den wichtigsten deutschen Staaten. Für die Entstehung der Fortschrittspartei ist die Entwicklung in Preußen am relevantesten. Nach dem Rückzug des psychisch kranken Königs Friedrich Wilhelm IV. trat sein Bruder Wilhelm I. die Regentschaft mit einer Reihe von Versprechen an: Er leistete den von der Opposition geforderten Eid auf die Verfassung und versprach damit, ihre Vorschriften zu respektieren. Er bekannte sich zur Nationalstaatsgründung und ersetzte den verhassten Ministerpräsidenten Otto von Manteuffel durch Karl Anton von Hohenzollern-Sigmaringen. Dieser stammte zwar aus dem Hochadel, war aber ein Anhänger des Konstitutionalismus und somit einer verfassungsmäßigen Regierung und war außerdem der erste katholische Ministerpräsident in Preußen. Wilhelms politisches Umsteuern nach dem Antritt der Regentschaft wird von einer oft allzu preußenfreundlichen Geschichtsschreibung als „Neue Ära“ bezeichnet, obwohl es nur halbherzig geschah und zudem verbunden war mit dem Projekt einer Heeresreform, die eine Verstärkung obrigkeitstaatlicher Tendenzen in Preußen bedeutete. Nachdem die Opposition den Kurswechsel zunächst mit Sympathie beobachtet und die liberale Presse die Parole „Nur nicht drängen“ ausgegeben hatte⁵, machte sich

4 Ludwig August v. Rochau: Grundsätze der Realpolitik. Angewendet auf die staatlichen Zustände Deutschlands. Stuttgart 1853. Neu hrsg. und eingeleitet von Hans-Ulrich Wehler. Berlin 1972.

5 Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1800-1866. Bürgerwelt und starker Staat. München 1983, S. 699.

seit der Jahreswende 1860/61 Frustration breit, da das Herrenhaus, die Vertretung des Adels, sämtliche von Regierung und Abgeordnetenhaus beschlossene Reformen blockierte.

Immerhin weigerte sich die gemäßigte preußische Regierung, den 1859 gegründeten Deutschen Nationalverein zu verbieten. Der Nationalverein war ein Zusammenschluss liberaler und demokratischer Achtundvierziger aus allen deutschen Staaten. Unter den verbesserten Rahmenbedingungen am Ende der Reaktionsperiode setzte sich der Nationalverein vornehmlich für die Gründung eines Nationalstaates auf der Basis der 1849 in der Paulskirche beschlossenen Verfassung ein, mithin für die kleindeutsche Lösung, eine parlamentarische Monarchie mit einem preußischen Kaiser an der Staatsspitze und ohne Österreich. Der Nationalverein knüpfte auch organisatorisch an die Revolution von 1848/49 an. Sein Vorbild war der Centralmärzverein, die erste Partei in Deutschland, die auf Massenorganisation setzte und ihren Erfolg an der Zahl ihrer Mitglieder maß. Damit wandte sich der Nationalverein vom klassischen liberalen Typus der Honoratiorenpartei ab und verkörperte den neuen Typus einer Mitgliederpartei mit möglichst vielen Ortsvereinen in möglichst allen deutschen Staaten. Anfang der 1860er Jahre hatte der Nationalverein weit mehr als 20.000 Mitglieder und bezahlte aus deren Beiträgen mehrere hauptamtliche Funktionäre, die den Verein und seine Agitation professionell organisierten.

Mit Blick auf die Fortschrittspartei ist an dieser Stelle eine Begriffsklärung nötig: Politische Organisationen, die wir heute als Parteien bezeichnen würden, wie den Nationalverein, hießen im 19. Jahrhundert „Vereine“. Hingegen bezeichnete „Partei“ eine Gesinnungsgemeinschaft ohne feste Organisation. Insofern war die Bezeichnung „Fortschrittspartei“ seit dem Vormärz üblich, um die freiheitliche Opposition, die sich als Vorkämpferin eines unaufhaltsamen Fortschritts verstand, gegen die Rückschrittpartei der Reaktion und der Beharrung abzugrenzen.⁶

Die Männer, die vor 150 Jahren die „Deutsche Fortschrittspartei“ aus der Taufe hoben, schrieben sehr bewusst und geschickt diesen eingeführten Begriff auf ihre Fahnen und machten damit zugleich deutlich, dass die neue Partei den Gegensatz zwischen Liberalen und Demokraten überwinden und die gesamte Opposition zusammenfassen sollte. Die neue Partei bezeichnete sich auch als „Exekutive“ des Nationalvereins. Der Nationalverein sollte die in der Bevölkerung verankerte (Massen-)Organisation sein, die Fortschrittspartei dessen ausführendes Organ – vor allem in den Parlamenten. Die Fortschrittspartei war in ihrer „heroischen Zeit“ zwischen 1861 und 1866, als sie

6 Grundlegend zu diesen Fragen: Klaus von Beyme: Partei, Faktion, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Bd. 4, Studienausgabe, Stuttgart 2004, S. 677-733, sowie Wolfgang Hardtwig: Verein. Gesellschaft, Geheimgesellschaft, Assoziation, Genossenschaft, Gewerkschaft, in: ebenda, Bd. 6, S. 789-829.

der wichtigste Gegenspieler Bismarcks war, also keine Partei im heutigen Sinne, die um Mitglieder warb, sondern eine Parlamentsfraktion. In den zahlreichen Wahlkämpfen der frühen 1860er Jahre war das wichtigste Organ der Fortschrittspartei das Komitee, das jeweils das Wahlprogramm festlegte, unter dem in möglichst vielen Wahlkreisen Kandidaten antraten, die nach der Wahl auf dieses Programm festgelegt waren. In fast allen deutschen Staaten verstanden sich die zum Nationalverein gehörenden Abgeordneten als Mitglieder der „Fortschrittspartei“.

Bereits der Gründungsaufruf vom Juni 1861 formulierte und veröffentlichte die Hauptziele der Fortschrittspartei und unterstrich ihre Abkehr von der klassischen Komiteepartei ohne überprüfbares Programm. Die Fortschrittspartei bekannte sich zur Monarchie, aber auch zu zentralen liberalen Forderungen aus Vormärz und Revolution: Einigung Deutschlands mit einem Nationalparlament und einer starken Exekutive in den Händen Preußens. Für Preußen forderte die Fortschrittspartei die „konsequente Verwirklichung des verfassungsmäßigen Rechtsstaates“, insbesondere ein Gesetz, das die Ministerverantwortlichkeit regelte; kommunale Selbstverwaltung; Trennung von Kirche und Staat und damit Gleichberechtigung aller Religionsgemeinschaften. Um die Zusammenarbeit von Liberalen und Demokraten nicht zu gefährden, klammerte das Gründungsprogramm die wichtigste Forderung der Demokraten, das allgemeine, gleiche (Männer-)Wahlrecht, aus. Im aktuellen Konflikt mit der preußischen Regierung um die Heeresreform bekannte sich das Gründungsprogramm zum Nationalkrieg: „Für die Ehre und die Machtstellung unseres Vaterlandes, wenn diese Güter durch einen Krieg gewahrt oder erlangt werden müssen, wird uns niemals ein Opfer zu groß sein.“ Allerdings könne auch eine „zweijährige Dienstzeit für die vollständige Kriegstüchtigkeit des preußischen Volkes in Waffen“ Bürgschaft leisten.⁷ Sowohl die Formel vom „Volk in Waffen“ als auch die Beschränkung des Militärdienstes auf zwei Jahre zeigte, dass die Fortschrittspartei im Heereskonflikt einen harten Oppositionskurs fahren wollte.

Die Fortschrittspartei kombinierte liberale und demokratische Forderungen und war ein Zwitter aus Honoratiorenkomitee und moderner Programmpartei. Hatten zuvor bei Wahlen immer nur Individuen kandidiert, die entweder nur aufgrund ihrer Persönlichkeit oder wegen individueller Forderungskataloge gewählt worden waren, so trat die Fortschrittspartei in allen Wahlkreisen mit demselben Programm und Wahlauf Ruf an. Während jedoch die parallel entstehenden, im September 1861 gegründeten Preußischen

7 Das Gründungsprogramm ist zu finden unter http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/pdf/deu/4_P_O_Deutschen_Fortschrittspartei.pdf <2.5.2012> sowie in: Ludolf Parisius: Deutschlands politische Parteien und das Ministerium Bismarck. Berlin 1878, S. 33-36. Vgl. Andreas Biefang: National-preußisch oder deutsch-national? Die Deutsche Fortschrittspartei in Preußen 1861-1867, in: Geschichte und Gesellschaft 23 (1997), S. 360-383, hier S. 368 f.

Volksvereine, die als konservative Partei gelten können und mit Erfolg auf Massenorganisation setzten (sie hatten 1865 bereits 50.000 Mitglieder), gab es in der Fortschrittspartei keine Einzelmitgliedschaft. Sie hatte keinerlei Parteiapparat. Einzig vor Wahlen wurde jeweils ein Zentralwahlkomitee gebildet, das den Wahlkampf organisierte und das der aufgrund einer Amnestie 1861 aus den USA zurückgekehrte Demokrat Friedrich Wilhelm Loewe aus Calbe leitete, der als ehemaliger Vizepräsident der Deutschen Nationalversammlung die Kontinuität zur Revolution von 1848/49 verkörperte.

In der Logik der liberalen und demokratischen Parteistrategen war die Fortschrittspartei die Führungselite der freiheitlich-nationalistischen Bewegung. Ihre Massenbasis bildeten verschiedene Vorfeldorganisationen: erstens der Deutsche Nationalverein mit seinen zahlreichen Ortsvereinen als politische Basis – er brachte es 1862 bereits auf mehr als 25.000 Mitglieder und hatte mehrere hauptamtliche Funktionäre; zweitens die Turner- und Schützenvereine, die eine paramilitärische Ausbildung anboten und gegebenenfalls als Nationalmiliz (wie in Italien Garibaldis Freischaren) eingesetzt werden sollten; drittens die Sängervereine im kryptopolitischen geselligen Vorfeld, die in erster Linie freiheitliches und nationalistisches Denken verbreiten sollten; viertens standen verschiedene wirtschaftsliberale Vereinigungen der Fortschrittspartei nahe: der Kongreß deutscher Volkswirte, der Deutsche Handelstag und – last, but not least – die von Hermann Schulze-Delitzsch initiierten Genossenschaften, Konsumvereine, Versicherungen und Kreditanstalten.⁸

Der Wahlaufruf, den die Fortschrittspartei Ende September 1861 verabschiedete, kündigte eine härtere Opposition an, verwarf also die Politik nach der Parole „Nicht drängen!“ Mit diesem Programm erzielte die Fortschrittspartei den fulminantesten Wahlsieg in der deutschen Parteiangeschichte. Auf Anhieb gewann sie 89 Mandate im Abgeordnetenhaus, also rund 25 %. Dieser Erfolg fiel noch spektakulärer aus, wenn man die sogenannte „stille Fortschrittspartei“ hinzuzählt, Abgeordnete, die hinter dem Programm standen, sich aber keiner Partei- oder Fraktionsdisziplin unterwerfen wollten. Die Konservativen erlitten bei den Wahlen von 1861 eine vernichtende Niederlage.

Am 6. März 1862 verlangte der Fortschrittsabgeordnete Adolf Hagen, dass die Regierung innerhalb des Militäretats die einzelnen Ausgabenposten spezifizierte und damit erst eine wirkliche parlamentarische Kontrolle ermöglichte. Bis dahin war der Staatshaushaltsplan nur in einige wenige große Pauschalbeträge gegliedert. Die Annahme des „Antrags Hagen“ im Abgeordnetenhaus hinderte die Regierung daran, die Mehrkosten für die

8 Vgl. hierzu Andreas Biefang: Politisches Bürgertum in Deutschland 1857-1868. Nationale Organisationen und Eliten. Düsseldorf 1994.

Reorganisation der Armee zu verschleiern. Sie antwortete auf diese Aufwertung der parlamentarischen Kontrolle mit der Auflösung des Abgeordnetenhauses nach nur achtwöchiger Tätigkeit und *vor* der Verabschiedung des Staatshaushalts. Nicht einmal sechs Monate nach den Wahlen standen die Abgeordneten erneut im Wahlkampf. Die Wahl im Mai 1862 brachte eine glänzende Bestätigung für die Fortschrittspartei und eine verheerende Niederlage für die neue Regierung und alle Fraktionen, die die Heeresreform befürworteten: Kein Minister wurde zum Abgeordneten gewählt, die konservativen Fraktionen schrumpften. Hingegen steigerte sich die Fortschrittspartei von 109 (einschließlich der sogenannten Stillen) auf 141 Mandate. Die liberale und demokratische Opposition verfügte im „Konfliktslandtag“ von 1862/63 über eine solide absolute Mehrheit der 352 Sitze.⁹

Nach diesem erneuten Wahlerfolg war die oppositionelle Presse voll von optimistischen Analysen: Das preußische „Volk“ erkenne seinen „deutschen Beruf“, nämlich die nationale Einigung unter liberalen Vorzeichen. Aufgrund ihres Glaubens an die Macht der öffentlichen Meinung ging die Opposition davon aus, dass sich die Regierung nicht lange gegen die überwältigende Mehrheit der Abgeordneten werde stellen können. Mit einem Regimewechsel wurde spätestens nach der demnächst erwarteten Abdankung des 65jährigen Königs zugunsten seines liberalen Sohnes Friedrich gerechnet. Wenn jener eine liberale Regierung einsetzen würde, schien die Einigung Deutschlands unter preußischer Führung nur mehr eine Frage der Zeit. Bald erwiesen sich jedoch die überwältigenden Wahlerfolge als Pyrrhussiege. Nach Art. 62 der Verfassung konnten in Preußen nur beide Häuser des Landtags und der König gemeinsam Gesetze und den Staatshaushalt beschließen. Die preußischen Liberalen standen damit vor dem Dilemma aller Landtage im Konstitutionalismus: Da sie über keine selbstständige Gesetzgebungskompetenz verfügten, konnten sie in Konflikten mit dem Monarchen nur versuchen, diesen mit Hilfe der Öffentlichkeit, d. h. mit guten Argumenten, unter Druck zu setzen. Ihre Ohnmacht trotz breiter parlamentarischer Mehrheit ließ nur zwei Wege offen, die für die Fortschrittspartei beide nicht gangbar waren: entweder eine weitere Radikalisierung, die auf eine neue Revolution hinauslief, oder die Rückkehr zu einem gouvernementalen Kurs des „Nur nicht drängen“.

Zugleich drohte die Fortschrittspartei ihre Führungsrolle innerhalb der nationalen Einigungsbewegung zu verlieren, wenn ihr kein Durchbruch im Verfassungskonflikt gelang. Die Debatte des preußischen Abgeordnetenhauses über die Heeresreform am 11. und 18. September 1862 gehört zu den Sternstunden des deutschen Parlamentarismus. Schroff prallten in der emotionalen Debatte die Gegensätze aufeinander: die Fortschrittspartei und ihre

9 Parisius: Deutschlands politische Parteien (wie Anm. 7), S. 56 f.

Koalitionspartner wollten die zweijährige Dienstzeit durchsetzen. Der König und seine Regierung beharrten auf drei Jahren. Am 23. September 1862 lehnte das Abgeordnetenhaus mit großer Mehrheit alle Mehrausgaben ab, die mit der Heeresreform zusammenhingen. Das Herrenhaus, in der nicht gewählte, sondern ernannte Vertreter der Stände und des Hochadels saßen, hingegen bestätigte den Regierungsentwurf. Nach der preußischen Verfassung war für die Verabschiedung eines Gesetzes (eben auch des Haushaltsgesetzes) die Zustimmung beider Häuser sowie der Regierung erforderlich. Als 1862 das Abgeordnetenhaus den Etatentwurf veränderte, das Herrenhaus ihm aber zustimmte, war der Etat demnach abgelehnt. Da es sich um ein prinzipielles, in der Verfassung nicht vorgesehenes Problem handelte – für den Fall, dass sich beide Häuser in der Gesetzgebung nicht einigen konnten, bot die Verfassung keinerlei Lösungsmöglichkeiten an –, sprach man von einem Verfassungskonflikt. Der König fühlte sich berechtigt, auch ohne Haushaltsgesetz zu regieren. Aber das Ministerium hielt diese Vorgehensweise für verfassungswidrig. Daraufhin wollte König Wilhelm zugunsten seines Sohnes zurücktreten. Der Weg für eine Parlamentarisierung Preußens wäre damit offen gewesen. Denn Kronprinz Friedrich war ein Anhänger der parlamentarischen Monarchie nach britischem Vorbild und hatte sich auch öffentlich kritisch zum Konfliktkurs seines Vaters geäußert.

Im Grunde ging es darum, wer die Macht in Preußen ausübte: die Abgeordneten oder der Monarch? König Wilhelm fürchtete, der Monarch werde zum „Sklaven des Parlaments“. Das Abgeordnetenhaus versuche nun parlamentarisch durchzusetzen, was in der Revolution 1848/49 selbst misslungen war: die Entmachtung des Königs und die Etablierung der Parlamentsherrschaft. Am Hofe standen sich zwei Lager gegenüber: zum einen eine Staatsstreichfraktion, die den König zum budgetlosen Regiment überreden und den Verfassungskonflikt durch einen Bruch der Verfassung lösen wollte, und zum anderen die Kompromissbereiten, zu denen auch der Kronprinz zählte. Der einzige Minister, der den Konfliktkurs ohne Vorbehalte mittrug, war Kriegsminister Albrecht von Roon. Er hatte die letztlich entscheidende Idee, die den Konflikt im Sinne des Königs lösen und die Parlamentarisierung Preußens bis 1918 verzögern sollte. Er ließ den Gesandten in Paris, Otto von Bismarck, nach Berlin kommen und arrangierte eine Krisensitzung beim König. Bismarck bot ihm Vasallentreue unter Missachtung der Verfassung, auf die sowohl der König als auch der Ministerpräsident vereidigt waren.

Durch diese überraschende Wendung wurde bereits einen Tag später, nachdem das Abgeordnetenhaus den Staatshaushalt abgelehnt hatte, am 24. September 1862 Bismarck zum Ministerpräsidenten ernannt. Von Anfang an zeigte das Ministerium Bismarck durch öffentliche Äußerungen und seine Politik, dass es auch ohne die von der Verfassung vorgeschriebene parlamentarische Bewilligung Geld ausgeben wollte. Bismarcks

gebetsmühlenartig wiederholte Rechtfertigung – seine berühmte „Lückentheorie“ – sah folgendermaßen aus: Wenn eine Einigung über das Budget nicht möglich sei, ergebe sich ein Notrecht der Regierung. Denn die Krone verfüge über alle Rechte, welche die Verfassung nicht ausdrücklich anderen Staatsorganen übertragen habe. Da die Verfassung nicht regelte, was passieren müsse, wenn kein Etatgesetz verabschiedet würde, müsse die Regierung ohne Etatgesetz weiter arbeiten, da sie andernfalls handlungsunfähig sei und ein Zusammenbruch des Staates drohe. Diese kaltschnäuzige Machtpolitik flankierte Bismarck mit der Einschüchterung der oppositionellen Abgeordneten, die er aus dem Staatsdienst entließ, denen er die Pension kürzte und die er polizeilich verfolgen ließ.

Zwar versuchte die Fortschrittspartei ihrerseits, eine Drohkulisse aufzubauen, indem sie immer wieder die Inkraftsetzung der Reichsverfassung von 1849 verlangte. Aber wie Bismarck kühl erkannte und mehrfach auch der Opposition entgegenhielt, widersprach ihr Kult der Reichsverfassung den Prinzipien der Realpolitik. Denn die Chance, ihre Forderungen zu realisieren, war 1862/63 weitaus geringer als 1848/49. Es war keine revolutionäre Massenbewegung in Sicht, und die liberalen Tendenzen in vielen deutschen Staaten seit 1858 gingen keineswegs so weit, dass ein Programm, das im Wesentlichen auf der Reichsverfassung von 1849 basierte, durchzusetzen gewesen wäre. Die frustrierende Erfahrung der Fortschrittspartei war, dass selbst überwältigende Wahlerfolge die Regierung nicht zwingen konnten, auch nur Teile des liberal-demokratischen Reformprogramms zu realisieren. Ihr zwar heroischer und von den Wählern immer wieder bestätigter, aber politisch erfolgloser Kampf gegen das autoritäre Bismarck-Regime führte neben allgemeiner Frustration auch zum Umdenken vieler Abgeordneter. Seit 1864, als die reorganisierte preußische Armee Schleswig und Holstein eroberte und damit die Agitation von Nationalverein und Fortschrittspartei, die beide auf einen Volkskrieg nach dem Vorbild Garibaldis setzten, erneut ins Leere lief, begannen führende Köpfe der Fortschrittspartei, über eine wie auch immer begrenzte Zusammenarbeit mit Bismarck nachzudenken. Diese Kompromissbereitschaft führte vor allem in Süddeutschland zu Abspaltungen von Nationalverein und Fortschrittspartei. Der demokratische Flügel organisierte sich selbstständig als Demokratische Volkspartei – eine Partei, die zumindest dem Namen nach bis heute existiert. Denn die baden-württembergische FDP nennt sich immer noch FDP/DVP. Auch das bis heute fortgeführte Dreikönigstreffen der baden-württembergischen FDP/DVP geht auf die Demokraten zurück, die sich seit Ende 1864 aus dem großen Verband der Fortschrittspartei lösten. Am Dreikönigstag 1866 veranstaltete die Demokratische Volkspartei ihren ersten regionalen Parteitag. Der Name „Volkspartei“ war übrigens genau wie „Fortschrittspartei“ seit dem Vormärz

gebräuchlich. Als „Volkspartei“ bezeichneten sich die Demokraten in Abgrenzung zu den Liberalen.

Auch in Preußen hielt das Bündnis der gesamten freiheitlich-nationalistischen Opposition nur bis 1866, als Bismarck den Deutschen Bund aufkündigte und den bundestreuen deutschen Staaten mit Krieg drohte. Die Führung der preußischen Fortschrittspartei zeigte sich nun bereit, einen Krieg zur Beendigung des preußisch-österreichischen Dualismus und zur Einigung Norddeutschlands durch Annexionen mitzutragen. Sie verband ihr Unterstützungsangebot aber mit weitgehenden Demokratisierungsforderungen und versuchte, die Kriegssituation, in der die Regierung auf Unterstützung angewiesen war, zur „Umänderung der Verfassungsverhältnisse“ zu nutzen. Für diesen Positionswechsel hin zu einer kritischen Unterstützung der Kriegspolitik der Regierung Bismarck dürfte ausschlaggebend gewesen sein, dass die Fortschrittspartei sich seit der Auflösung des Abgeordnetenhauses am 9. Mai im Wahlkampf befand. Sie musste deshalb in besonderem Maße auf die Stimmung in der Wählerschaft Rücksicht nehmen und wollte die drohende Spaltung unbedingt vermeiden, die sich bereits ankündigte, da der rechte, nationalliberale Parteiflügel mit eigenen Resolutionen an die Öffentlichkeit trat.

Das Abgeordnetenhaus vorzeitig aufzulösen und Neuwahlen für einen Zeitpunkt anzusetzen, an dem sich Preußen absehbar im Krieg befinden würde, war ein ebenso geschickter wie brutaler Schachzug Bismarcks. Er konnte dadurch nicht nur den Wahlkampf der Fortschrittspartei polizeilich mehr als je zuvor behindern. Er konnte auch davon ausgehen, dass die Liberalen als Patrioten die Konvention akzeptierten, während eines Krieges innere Auseinandersetzungen einzustellen. So konnte Bismarck sie weiter in die Defensive drängen. Außerdem machte seine Annexionspolitik den nur durch Formeln kaschierten Richtungsstreit in der Fortschrittspartei öffentlich sichtbar. Alles zusammen war mitursächlich für die erste Wahlniederlage der Fortschrittspartei, die zugleich ihr Ende als Einheitspartei der freiheitlich-nationalistischen Opposition bedeutete.

In der entscheidenden Schlacht, am 3. Juli 1866 bei Königgrätz in Böhmen, gelang Preußen der Sieg gegen die wichtigsten Bundesstaaten und Österreich. Anschließend annektierte Preußen Schleswig und Holstein, Hannover, Kurhessen, Nassau und die Freie Stadt Frankfurt. Es gewann so erstmals ein geschlossenes Territorium, das sich als breiter Riegel von Aachen bis an die Memel quer durch das nördliche Zentraleuropa zog. Der 3. Juli 1866 mit den Siegen der preußischen Armee bei Königgrätz und der Konservativen bei den preußischen Wahlen verschob die politischen Kräfteverhältnisse entscheidend zugunsten Bismarcks. Die Fortschrittspartei war mit ihrer Forderung nach seiner Ablösung gescheitert. Sie hatte die Wähler aufgefordert, Abgeordnete zu entsenden, die dazu bereit gewesen wären, durch eine

Verschärfung des Verfassungskonflikts eine Entscheidung herbeizuführen. Aber statt wie im September 1863 253 Mandate erhielten Fortschrittspartei und linkes Zentrum nur noch 148. Hingegen gewannen die Konservativen mehr als 100 Sitze hinzu (142 statt 38). Das Ausmaß der Verluste lässt sich nicht allein mit Wahlmanipulation erklären, etwa mit der Einschränkung der Pressefreiheit und dem Druck der Behörden auf Wähler und Kandidaten. Nein, das Zentralwahlkomitee der Fortschrittspartei hatte die „Meinung des Volks“ falsch eingeschätzt. Die Wähler wollten keine Verschärfung des Verfassungskonflikts. Die Fortschrittspartei hatte in den fünf Jahren ihres Bestehens trotz permanenter Verfolgung Sieg um Sieg errungen. Deshalb fühlten sich die Fortschrittsabgeordneten als Träger eines unaufhaltsamen historischen Fortschritts. Entsprechend schwer und unerwartet traf sie ihre erste Wahlniederlage. Dieser Schock zerstörte den ohnehin brüchig gewordenen innerparteilichen Zusammenhalt. Es entstand eine neue Konstellation, die die liberale Politik seit 1866 bestimmt hat.

Die Regierung legte dem neuen Abgeordnetenhaus gleich einen Gesetzentwurf vor, der ihr für das verfassungswidrige, budgetlose Regime seit 1862 Indemnität (Schutz vor Verfolgung) erteilte. Seit Ende Mai hatte Bismarck mit führenden Liberalen über die Rückkehr zu einer verfassungsgemäßen Regierungsweise und die nachträgliche Entlastung seiner Regierung verhandelt. Der von Bismarck eingebrachte Entwurf lag deutlich unter den Minimalbedingungen der Fortschrittspartei: Eingeständnis rechtswidrigen Verhaltens und Anerkennung des parlamentarischen Budgetrechts ohne Wenn und Aber. Bismarck demütigte außerdem die Liberalen durch die herablassende Attitüde eines großzügigen Siegers und erkannte mit keinem Wort die Rechtswidrigkeit seiner Politik seit 1862 an.

Der demokratische Flügel der Fortschrittspartei wies die Indemnitätsvorlage zurück. Er weigerte sich damit aber auch, die veränderten Machtverhältnisse seit dem 3. Juli 1866 anzuerkennen, und beharrte auf einem absoluten Rechtsstandpunkt. Hingegen akzeptierte der realpolitische Flügel zähneknirschend, dass die Regierung Bismarck nach ihren glanzvollen Siegen keinen Anlass hatte, der bereits von den Wählern abgestraften ehemaligen Mehrheitspartei entgegen zu kommen. In einer schonungslosen Analyse, die im Sommer 1866 keine liberale Zeitung drucken mochte, meinte Ludwig Bamberger, der Vordenker des realpolitischen Flügels, nicht Bismarck müsse das Parlament, sondern die Fortschrittspartei müsse „das deutsche Volk“ um Indemnität bitten, also um Entlastung für ihre politischen Fehler. Zwischen diesen Polen bewegte sich die Diskussion 1866, unmittelbar vor der Spaltung der Fortschrittspartei: Ablehnung der Indemnität unter Verweis auf Ehre und Recht oder Zustimmung, um eine Atmosphäre zu schaffen, in der die Regierung dem Parlament eventuell in anderen Fragen entgegenkäme.

Mit dem Ende ihrer regelmäßigen Wahlerfolge brach die Fortschrittspartei auseinander. Im Herbst 1866 gründete der bismarckfreundliche Flügel die Nationalliberale Partei. Ihre Entstehung bedeutete personell und programmatisch eine tiefe Zäsur in der Geschichte des deutschen Liberalismus. Sie markierte das Ende der Zusammenarbeit mit den Demokraten, die die nachrevolutionäre Epoche gekennzeichnet hatte. Außerdem war die Nationalliberale Partei die erste bürgerliche Partei in der deutschen Geschichte, die sich mit einem Staat identifizierte und die Regierungsarbeit mittrug. Zusammen mit der realpolitischen Ideologie, ihrer Macht- und Mittelstandsorientierung, resultierte daraus eine strategische Neuorientierung: War die politische Maxime der Fortschrittspartei die Einheit der gesamten Opposition gewesen, so ging es den Nationalliberalen um ein möglichst breites Bündnis der politischen *Mitte*. Trotz dieser neuen Züge stand auch die Nationalliberale Partei in ideologischer Kontinuität zur Revolution von 1848/49. Dies galt insbesondere für den Nationalismus.

Der Zerfall der Fortschrittspartei und die Entscheidung der Nationalliberalen für die ältere Form der nur in den Wahlkämpfen aktivierten Honoratioren- oder Komiteepartei schwächten die autonome politische Handlungsfähigkeit des liberalen Bürgertums. Aufgrund ihrer Nähe zur Regierung meinten die Gründer der Nationalliberalen Partei, ohne Organisation auszukommen. Sie waren in der Liberalen Ära bis 1875 damit politisch erfolgreich und konnten bei der rechtlichen und wirtschaftspolitischen Ausrichtung des Deutschen Reichs manche liberalen Grundsätze durchsetzen. Allerdings erscheint der Verzicht auf die modernere Organisationsform der Mitgliederpartei rückblickend als Fehler, durch den der Liberalismus langfristig den Massenorganisationen der Sozialdemokratie, der Konservativen und des politischen Katholizismus unterlegen war.

Angesichts der Erfolge der Nationalliberalen und infolge einer teleologischen Prägung der Geschichtsschreibung über die Bismarckzeit, den Verfassungskonflikt und die Reichsgründung geriet die Fortschrittspartei weitgehend in Vergessenheit und galt der Versuch der Zusammenarbeit von den Liberalen bis zu den Demokraten, vom Bürgertum bis in die Arbeiterbewegung hinein, als gescheitert. Nur die bismarck-kritischen Linksliberalen und Demokraten, die sich bis 1884, als sie in der Deutsch-Freisinnigen Partei aufgingen, weiter Fortschrittspartei nannten, versuchten eine Traditionsbildung. In der wechselvollen, an Spaltungen und Fusionen reichen Geschichte des Linksliberalismus und der bürgerlichen Demokraten (außerhalb der Sozialdemokratie) in Deutschland tauchte 1910 der „Fortschritt“ auch wieder im Parteinamen auf, als DVP und zwei Freisinnige Parteien sich zur Fortschrittlichen Volkspartei zusammenschlossen. Ein Jahr später erinnerte sie mit einem Festbankett sogar an den 50. Jahrestag der Parteigründung. Die Festrede hielt der 80jährige Reichstagsabgeordnete Albert Traeger – ein

Veteran des Linksliberalismus, der als Student die Revolution von 1848/49 noch miterlebt hatte.¹⁰

Auch die Historikerinnen und Historiker haben die Fortschrittspartei nie sonderlich beachtet. Eine moderne Parteigeschichte ist ein Desiderat. Nach zwei Dissertationen in den 1960er Jahren¹¹ stand sie in den letzten Jahrzehnten nur sporadisch im Mittelpunkt der parteiengeschichtlichen Forschung; nur zwei weitere Monografien beschäftigten sich mit der Partei sowie eine Handvoll Aufsätze.¹² Dieser Forschungsstand spiegelt keineswegs die politische Bedeutung dieser ältesten liberalen Partei in Deutschland wider; für viele grundlegende Informationen muss man immer noch auf die Darstellungen Ludolf Parisius', eines führenden Parteifunktionärs der Fortschrittspartei, zurückgreifen.

Aufgrund dieser stiefmütterlichen Behandlung sind die Fortschrittspartei und ihre politische Bedeutung im öffentlichen Bewusstsein kaum präsent. Sie ist deshalb auch kaum ein „liberaler Erinnerungsort“, obwohl sie es ihrer Bedeutung nach durchaus sein könnte und sollte.¹³ Ihre Bedeutung liegt vor allem darin, dass in den heroischen Anfangsjahren der Fortschrittspartei während des preußischen Verfassungskonfliktes das gesamte freiheitliche Spektrum – von den Liberalen bis zu den Demokraten und vor der folgenreichen

- 10 Vgl. *Vossische Zeitung* und *Berliner Tageblatt* vom 10.6.1911; Jürgen Frölich: Zum Aufstieg und Niedergang einer liberalen Volkspartei, in: *liberal* 28 (1986), H. 2, S. 79.
- 11 Ursula Steinbrecher: *Liberaler Parteiorganisation unter besonderer Berücksichtigung des Linksliberalismus 1871-1893*. Phil. Diss. Köln 1960; Heinrich August Winkler: *Preußischer Liberalismus und deutscher Nationalstaat. Studien zur Geschichte der Deutschen Fortschrittspartei 1861-66*. Tübingen 1964.
- 12 Neben den bereits Genannten scheinen mir die folgenden die wichtigsten Beiträge zu sein: Nadja Süßmilch: *Die Entwicklung des Linksliberalismus von 1864 bis 1871*. Berlin 1978; Gerd Fesser: *Linksliberalismus und Arbeiterbewegung. Die Stellung der Deutschen Fortschrittspartei zur Arbeiterbewegung 1861-1866*. Berlin 1976; Klaus Wrobel: *Linksliberale Politik in der Reichsgründungszeit (1866-1871). Die Deutsche Fortschrittspartei zwischen Nationalliberalismus und Radikalismus*. Erlangen-Nürnberg 1973; Hermann Hanschel: *Liberalismus in der Reichsgründungszeit: Die „Wochenschrift der Fortschrittspartei in Bayern“ 1865-1873*, in: *Jahrbuch für fränkische Landesforschung* 59 (1999), S. 243-348; Christian Jansen: *Bismarck und die Linksliberalen*, in: Lothar Gall (Hrsg.): *Bismarck und die Parteien*. Paderborn 2001, S. 91-110; Wolther von Kieseritzky: *Liberalismus und Sozialstaat. Liberale Politik in Deutschland zwischen Machtstaat und Arbeiterbewegung (1878-1893)*. Köln 2002; Ansgar Lauterbach: *Zwischen Reform und Opposition: Zum politischen Selbstverständnis von National- und Fortschrittsliberalen in der Ära Bismarck*, in: *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung* 19 (2007), S. 9-30; Ulrich Naumann: *Ein maßgebender Genossenschaftler und „Fortschrittsmann“ der ersten Generation: Ludolf Parisius*, in: *Ebd.*, S. 113-135.
- 13 Vgl. zur Diskussion um liberale Erinnerungsorte: *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung* 21 (2009) und 22 (2010).

„Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie“¹⁴ klassenübergreifend – in einer Partei vereint kämpfte, während ansonsten immer mehrere liberale Parteien existierten.

Die geringe Präsenz der Fortschrittspartei im kollektiven Gedächtnis und die Schwierigkeiten einer liberalen Traditionsbildung rund um die Fortschrittspartei basieren auf mehreren Faktoren der Geschichte des deutschen Linksliberalismus und der Nationsbildung in Deutschland:

- Die Fortschrittspartei existierte zu kurz – als Bündnis der gesamten liberalen und demokratischen Opposition, worin ihre Besonderheit in der deutschen Parteiengeschichte liegt, nur fünf Jahre – als linksliberale Partei immerhin weitere 18 Jahre.
- Die häufigen Namenswechsel der linksliberalen Parteien (ganz im Gegensatz zur SPD, die seit 1890 denselben Namen hat) weisen auf die Zersplitterung und das Sektierertum in diesem Spektrum hin und erschweren die Traditionsbildung.
- Die Fortschrittspartei hatte (trotz Eugen Richter¹⁵) – wiederum im Gegensatz zur SPD mit August Bebel – keine herausragenden Gestalten. Sie war – vor allem in den ersten zehn Jahren ihres Bestehens und damit in ihrer heroischen Zeit – geprägt von einem starken Kollektiv.
- Die Fortschrittspartei stand in der öffentlichen Wahrnehmung immer im Schatten Bismarcks. Dafür sind auch liberale Historiker des späten 19. und des 20. Jahrhunderts verantwortlich.

Weit mehr als die Fortschrittspartei eignet sich ihr ideologischer Leitbegriff „Fortschritt“ als liberaler Erinnerungsort. Der Fortschrittsbegriff strukturiert eine der großen Erzählungen der Moderne. Im Mittelpunkt dieser großen Erzählung steht die Annahme, dass Geschichte einen Sinn habe und zielgerichtet aus einer dunklen Vergangenheit in eine hellere Zukunft verläuft. Dieses Geschichtsbild teilte die Fortschrittspartei mit der gesamten politischen Linken, insbesondere mit der Sozialdemokratie. Aus heutiger Perspektive einer reflexiven Moderne lässt sich „Fortschritt“ als Erinnerungsort nur in einer kritischen Absicht, die seine Ambivalenz betont, aufsuchen.

14 Gustav Mayer: Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie 1863-1870. Leipzig 1911, wieder abgedruckt in: Ders.: Radikalismus, Sozialismus, bürgerliche Demokratie. Hrsg. von Hans-Ulrich Wehler. Frankfurt/ Main 1969, S. 108-178.

15 Vgl. Ina Susanne Lorenz: Eugen Richter: Der entschiedene Liberalismus in wilhelminischer Zeit 1871 bis 1906. Husum 1980; Hans-Peter Goldberg: Bismarck und seine Gegner. Die politische Rhetorik im kaiserlichen Reichstag. Düsseldorf 1998; Hans-Georg Fleck: Benevolenz, Mißachtung, Mißtrauen trotz „Schicksalsgemeinschaft“. Organisierter Linksliberalismus und sozialliberale Gesellschaftsreform zu Zeiten Eugen Richters, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 19 (2007), S. 47-82.

Für und wider die Erinnerung – Die Gründung der Freien Demokratischen Partei am 11./12.12.1948 in Heppenheim

Ein gezieltes und gekonnt inszeniertes Stück Erinnerungspolitik – das ist die naheliegende Deutung, die sich ergibt, wenn man die gut ein Jahrhundert umgreifende gedankliche Linie von jener Versammlung, zu der sich am 10. Oktober 1847 Vertreter der vormärzlichen liberalen Opposition in Heppenheim an der Bergstraße zusammengefunden hatten, zu dem „Gesamt-Vertretertag“ zieht, auf dem sich am 11./12. Dezember 1948 die Freien Demokraten als Westzonen- bzw. Bundespartei konstituierten. Und in diesem Sinne sind die beiden Heppenheimer Zusammenkünfte auch in der jüngeren erinnerungsgeschichtlichen Literatur behandelt worden.¹ Blickt man freilich genauer auf Vorgeschichte, Verlauf und Nachwirkungen des Heppenheimer Gründungskongresses, so stellt sich der historische Zusammenhang erheblich komplexer dar, und an die Stelle gekonnter Inszenierung tritt – bestenfalls – ein heftiger Kampf um die Erinnerung.

Zunächst: Die Gründung der Freien Demokratischen Partei als Bundespartei begann – am 18. Januar 1948 – mit einem Scheitern, mit dem Eingeständnis, dass im besetzten Deutschland und unter den Bedingungen des sich verschärfenden Kalten Krieges eine Zusammenarbeit der Liberalen in allen vier Zonen nicht mehr möglich war, dass vielmehr die politischen Vorgaben der Besatzungsmächte ein differierendes Handeln und eine unterschiedliche Sprache in Ost und West erforderten, die von der jeweils anderen Seite als Belastung der eigenen Politik und als Verrat an der liberalen Sache empfunden wurde.²

- 1 Roland Hoede, Und warum in Heppenheim?, in: Liberal 39, 1997, H. 3, 60–65; ders., Die Heppenheimer Versammlung vom 10. Oktober 1847. Frankfurt am Main 1997, 153ff.; Birgit Bublies-Godau, Das Vermächtnis der Versammlungen – Heppenheim als Erinnerungsort der freiheitlichen Demokratie und des politischen Liberalismus in Deutschland, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 22, 2010, 79–106.
- 2 Dazu v. a. Dieter Hein, Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945–1949. Düsseldorf 1985, bes. 295ff. Vgl. als knappen Überblick ferner Jürgen Frölich, Von Berlin nach Heppenheim. Der deutsche Liberalismus zwischen Triumph und Tragik 1945–1949, in: Wolfgang Gerhardt (Hrsg.), Die Kraft der Freiheit. Geschichte, Gegenwart und Zukunft des Liberalismus. Stuttgart/Leipzig 2008, 20–37.